

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanstalt: Kerschbaum Dresden
Benutzungsnummer: 25241
Für die Redaktionsstelle: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptredaktion:
Dresden - K. 1. Kantenstraße 24/25

Bezugsgebühr vom 1. bis 14. Juni 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.70 RM.
Vollbezugspreis für Monat Juni 5.40 RM. einschließlich 24 Wg. Werbegebühr (ohne Vollauslieferungsgeld).
Wochennummer 10 Wg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet; die ein-
spaltige 20 mm breite Seite 25 Wg., für auswärts 40 Wg. Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Wg., auswärts 25 Wg., die 10 mm breite Werbeanzeige 200 Wg., auswärts 250 Wg.
Offertengebühr 20 Wg. Kautionsgebühr gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Ulrich & Reichardt,
Dresden, Volkshaus-Str. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Quellenangabe
(Trotz Nachdr.) zulässig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Der Kampf um Löhne und Preise Wiederbeginn der Verhandlungen der Wirtschaftsorganisationen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Juni. Die Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, die durch das Pfingstfest unterbrochen worden waren, werden jetzt wieder aufgenommen werden. Während man auf Arbeitgeberseite begrifflicherweise in allen Pressemitteilungen Zurückhaltung wahrte, um den Erfolg der Verhandlungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise nicht von vornherein in Frage zu stellen, ist man auf Gewerkschaftsseite außerordentlich selbstbewusst. Gleichzeitig muß man die seltsame Beobachtung machen, daß das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, der „Vorwärts“, seit Anbeginn der Verhandlungen schwarz mall, während doch die ihm nahestehenden Gewerkschaftsführer offenbar entschlossen sind, die Sache zu einem guten Ende zu führen, zumal sie sich der Einsicht, daß der Wirtschaft nur auf dem vorgeschlagenen Wege wieder auf die Beine geholfen werden kann, nicht verschließen können.

Auch weiß man in diesen Kreisen ganz genau, daß der Hagen der Arbeitslosenversicherung bedenklich überspannt ist und daß die Millionen- und Milliardenbeträge, die sie erfordert, auf die Dauer nicht mehr getragen werden können.

Die Verhandlungen basieren, formal gesehen, auf zwei Schiedsgerichten, die eine Senkung der Löhne enthalten. Der eine Schiedsgericht ist für die Mansfeld AG. gefaßt und steht einen schmerzhaften Lohnabbau vor. Er ist aber von der Gesellschaft abgelehnt worden, weil sie nicht glaubt, daß eine schmerzhaftige Lohnsenkung zur Wiederrentabilisierung des Unternehmens führt; unter 15 Prozent glaubt man nicht auskommen zu können. Der zweite Schiedsgericht ist in Osnabrück gefaßt worden und bezieht sich auf große Teile der Rumpfindustrie. Auch er senkt die Löhne um 10 Prozent.

Damit ist freilich nur ein Anfang auf der einen Seite gemacht worden, denn ein Lohnabbau ohne gleichzeitige Preisreduzierung trifft den Nagel nicht auf den Kopf.

Die Preisreduzierung muß bei der Produktion beginnen, vor allem aber die wesentlich gestiegene Spanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen erfassen. Das letztere Problem ist zweifellos schwieriger zu lösen, da die Organisationen des Groß- und Kleinhandels nicht so starken Einfluß bis in die letzte Stelle herunter besitzen, wie der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Arbeitgeberverbände auf der einen Seite und die Gewerkschaften, also die Arbeitnehmerverbände, auf der anderen Seite. Erfolgreich kann die ganze Aktion nur dann sein, wenn ihre Auswirkung sich nicht nur auf Teile der Wirtschaft — in diesem Falle Erzeugung und Arbeitnehmerkraft — sondern vor allem auch auf den Groß-, Mittel- und Kleinhandel erstreckt.

Wie vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist der Osnabrücker Schiedsgericht über die Arbeitsverhältnisse in der Eisenindustrie Nordwest für verbindlich erklärt worden.

In den Vorverhandlungen einigten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer zunächst auf einen Lohn- und Gehaltsabbau in Höhe von 10 Prozent. Diese Vereinbarung wurde am 5. Juni dahin abgeändert, daß der beiläufige Abbau nur bis 7,5 Prozent betragen soll. Die Arbeitgeber haben die bindende Zustimmung gegeben, über das Maß dieser Lohn- und Gehaltsreduzierung hinaus einen Abbau der Preise vorzunehmen. Das genaue Ausmaß dieser Preisreduzierung steht noch nicht fest, da zunächst einmal die fraglichen Wirtschaftsverbände mit dieser Frage befaßt werden müssen. Zur Überwachung der Preisabbaufolge hat sich der Reichsarbeitsminister Siegerwald eine Nachprüfung der Angelegenheit in jedem Falle vorbehalten.

Die Silberhochzeit des Kronprinzenpaares in Doorn

Amsterdam, 10. Juni. Das Fest der silbernen Hochzeit des ehemaligen Kronprinzenpaares begann am Pfingstmontag mit einem feierlichen Gottesdienst in Doorn, wobei der Geistliche, Graf Stoff aus Essen, die Predigt hielt, der er das Textwort aus Psalm 37, Vers 5, zugrunde legte. Der ehemalige Kronprinz und die Kronprinzessin haben, ebenso wie am Freitag in Potsdam, viele Blumen und Glückwünsche erhalten. Um 1 Uhr nachmittags vereinigten sich die Mitglieder der Familie zu einem Frühstück. Die Gäste blieben den ganzen Nachmittag in Doorn und in dem Garten. Neben den Familienangehörigen des ehemaligen Kaisers und des früheren Kronprinzen waren u. a. anwesend holländische Gäste, unter ihnen Graf v. Linden und Sandenburg, Graf Ben- tind, die Bürgermeister von Doorn, Zeist und Leersum. Von den Familienangehörigen waren anwesend Prinz Eitel Friedrich, Prinz Oskar und Prinz Adalbert mit ihren Gattinnen und Kindern, sowie der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg und das Großherzogspaar von Braunschweig.

Die Deckungsvorschläge der Reichsregierung

Berlin, 10. Juni. Man rechnet damit, daß die Ausschüsse des Reichsrates alsbald ihre Arbeiten an den neuen Vorlagen aufnehmen werden und daß eine abschließende Stellungnahme des Reichsratsplenums bereits am kommenden Freitag, spätestens am Sonnabend, erfolgt.

Der Reichstag nimmt seine Beratungen am 16. Juni wieder auf. Er soll sich nach den Absichten der Regierung spätestens im Laufe der nächsten Woche in erster Lesung mit den neuen Deckungsvorschlägen befassen.

Die polnische Neuböfen-Note

Berlin, 10. Juni. Die am Sonnabendabend um 7 Uhr im Auswärtigen Amt überreichte Protestnote der polnischen Regierung wegen des Neuböfener Zwischenfalls stellt nicht eine Antwort auf die deutsche Note dar, die am Sonnabendvormittag in Warschau überreicht worden ist. Der Überbringer der Note hat ausdrücklich erklärt, daß er die Botschaft zur Überreichung der Note bereits am Vormittag erhalten habe. Die Note selbst vertritt naturgemäß die Schuld an dem Zwischenfall, die ja inzwischen einwandfrei geklärt ist, wieder Deutschland zuzuschreiben. Die Sache wird so dargestellt, als sei der Zwischenfall auf eine Intrige deutscher Grenzpolizisten zurückzuführen. Hinsichtlich der polnischen Patronenhüllen, die auf deutschem Boden gefunden worden waren und die als Beweis dafür dienen, daß die polnischen Grenzsoldaten deutsches Gebiet widerrechtlich betreten haben, läßt die Note durchblicken, man habe in Polen den Verdacht, die Hüllen seien erst später an dieser Stelle niedergelegt worden. Im Gegenfall dazu stehen die eindeutigen Aussagen der deutschen Beamten. Im übrigen geht aus der polnischen Note hervor, daß Polen seine früheren Thesen, deutsche Beamte hätten polnisches Gebiet betreten, aufgegeben hat.

Veränderung des Privatdiskonts

Berlin, 10. Juni. Der Privatdiskont ist für beide Sichten um je 1/2 auf 3% ermäßigt worden.

König Carol bei der Regierungsbildung Maniu und Titulescu die kommenden Männer in Rumänien

Bukarest, 10. Juni. In politischen Kreisen wird allgemein angenommen, daß sich König Carol bei der Bildung der neuen Regierung streng an das parlamentarische Regime halten wird. In erster Linie kommt nach Ansicht der führenden parlamentarischen Kreise ein Konzentrationskabinet unter Beibehaltung der jetzigen Volksvertretung in Betracht. An die Spitze eines solchen Kabinetts, dessen Zustandekommen im Falle der Teilnahme eines Teils der Liberalen sicher ist, würde voraussichtlich Maniu oder Titulescu treten. Weiter wird auch von der Möglichkeit einer reinen nationalsozialistischen Regierung gesprochen, als deren Präsident ebenfalls Maniu genannt wird.

Die Königinwitwe Maria wird mit ihrer Begleitung voraussichtlich Dienstag wieder von Oberammergau abreisen.

beiden die Ungültigkeitserklärung der Ehescheidung beantragen wird. König Carol und Prinzessin Helene kamen überein, daß die Erziehung des Erbprinzen in den Händen der Prinzessin bleiben soll. Prinz Michael wird von nun ab im königlichen Palais Cotroceni wohnen. Königinwitwe Maria wird bei ihrer Rückkehr Ende der Woche feierlich empfangen werden. Nachdem die Armee den Treueeid geleistet hatte, richtete der König eine Rundgebung an das Volk, in der das gleiche gesagt wird wie in seiner Rede vor der Nationalversammlung. Abends fuhr König Carol nach Curtea de Arges, um das Grab seines Vaters zu besuchen.

Das erste Opfer des neuen Kurses

Abberufung des rumänischen Gesandten aus Paris
Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten
Paris, 10. Juni. Die rumänische Gesandtschaft in Paris hat gestern mitgeteilt, daß der rumänische Gesandte Diamandi von der Regierung in Bukarest telegraphisch abberufen und aufgefordert worden sei, sofort nach Bukarest abzureisen. Die Abberufung Diamandis ist nicht überraschend.

Diamandi ist Mitglied der Liberalen Partei und hatte von der Regierung Bratianna seinerzeit den Auftrag erhalten, den Prinzen Carol in Paris zu überwachen. Er hat diesen Auftrag auch allem Anschein nach sehr ernstgenommen und hat Carol mit einem Reg. von Spionen und Forschern umgeben lassen. Diamandi vertrat seit 1924 Rumänien in Paris. Er hatte hier viele Freunde und war der französischen Regierung sehr genehm. Das ist mehr als bedauerlich, denn Diamandi war während des Weltkrieges rumänischer Gesandter in Petersburg und hat dort als die Seele der französischen Partei in Rumänien mit großem Eifer den Abschluß der Geheimverträge betrieben, die zum Eintritt Rumäniens an der Seite der Alliierten in den Krieg führten. Nach Abschluß des Waffenstillstandes ist Diamandi während der Befehung Ungarns rumänischer Oberkommissar in Budapest gewesen und Vertreter Rumäniens bei den Friedensverhandlungen in Versailles. Man findet es hier nur zu begreiflich, daß der neue König nicht länger durch einen Diplomaten in Paris vertreten sein wollte, der vorher zu seiner Überwachung bestellt war, betrauert aber doch schmerzlich den Abgang dieses erprobten Franzosenfreundes und bedauert, daß der neue König Diamandi nicht einmal Zeit gelassen habe, wenigstens selbst seine Demission zu geben. Auf alle Fälle, schreibt der „Petit Parisien“, habe Diamandi ein Recht auf die volle Dankbarkeit der Franzosen.

König Carol bleibt vorläufig geschieden

Bukarest, 10. Juni. König Carol hatte Sonntag abend, wie die Blätter melden, eine Unterredung mit der Prinzessin Helene, in der beschlossen wurde, daß vorläufig keiner von

Die letzten Ehren für v. Baligand Aufbahrung und Totenwache für den ermordeten Gesandten

Lissabon, 10. Juni. Montag vormittag fand in der St. Josep-Kirche eine von dem Geistlichen der deutschen Kolonie geleitete Messe statt, an die sich ein Gebet für den verstorbenen deutschen Gesandten v. Baligand schloß. Der Platz des Gesandten, der zu der Gemeinde dieser Kirche gehörte, war mit Blumen geschmückt. An der Messe nahmen Gesandtschaftsrat Busch von der deutschen Gesandtschaft, zahlreiche Offiziere und die katholischen Mannschaften des vor Lissabon liegenden deutschen Geschwaders und Mitglieder der deutschen Kolonie in Lissabon teil.

Das Gesandtschaftsgebäude, in dem die Leiche des Gesandten aufgebahrt ist, war den ganzen Tag über das Ziel von Laufenden. Die Totenwache halten deutsche und portugiesische Matrosen, Soldaten der Garnison Lissabon, Mitglieder der Gesandtschaft und Angehörige der deutschen Kolonie in Lissabon. Der vorläufigen Schließung des Sarges, die Montag mittag stattfand, wohnten der brasilianische Vizekonsul, der Gesandte Belgiens sowie andere Diplomaten und Mitglieder der Gesandtschaft bei. Am Sarge waren Kränze der portugiesischen Regierung, des portugiesischen Ministers des Auswärtigen, des Chefs des deutschen Geschwaders und des Offizierskorps des Geschwaders niedergelegt worden.

Montag nachmittag um 1,30 Uhr wurde die Totenwache von hohen Offizieren der portugiesischen Armee übernommen. Um 2 Uhr nachmittag traf die Gemahlin des Präsidenten der Republik, Carmona, in Begleitung ihrer Tochter in der deutschen Gesandtschaft ein, wo sie vom Gesandtschaftsrat und hohen Offizieren des in Lissabon vor Anker liegenden deutschen Geschwaders empfangen wurde. Frau Carmona begab sich zu Frau v. Baligand, der sie ihre Anteilnahme ausdrückte.

Um 2,30 Uhr übernahmen hohe portugiesische Marineoffiziere und schließlich alle Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps die Ehrenwache.

Gegen 4 Uhr erschien der Präsident der Republik in der deut-

schen Gesandtschaft, um der Witwe des verstorbenen Gesandten sein Beileid zum Ausdruck zu bringen. Präsident Carmona verweilte dann einige Zeit vor dem Sarge Dr. v. Baligands.

Unter großen militärischen Ehren und riesiger Teilnahme der Bevölkerung wurde dann die Leiche zum Friedhof in Lissabon übergeführt.

Nachdem der Trauerzug mit den sterblichen Überresten des Gesandten v. Baligand am Friedhof angelangt war, wurde der Sarg von der Geschüßlafette heruntergenommen und von portugiesischen und deutschen Matrosen von dem Tor des Friedhofs bis zur Kapelle getragen. Die Mitglieder der Regierung und das diplomatische Korps bildeten Spalier beiderseits des Weges. Der Sarg wurde auf den Katafalk gestellt, und der Auditor an der Apostolischen Nuntiatur, Krata, dem der Kaplan der deutschen Kolonie zur Seite stand, erteilte den Segen.

Die Überführung nach Deutschland erfolgt auf dem Kreuzer „Königsberg“. Der Sarg wird morgen an Bord gebracht werden, das Schiff soll am Sonnabend in Bremerhaven eintreffen.

Verhör des Mörders

Der Mörder des deutschen Gesandten v. Baligand wurde am Montag von der Polizei der Untersuchungsbehörde übergeben. Der Prozeß gegen Pichowski soll sofort stattfinden, und man rechnet damit, daß das Urteil bereits am Sonnabend gefällt werden wird. Bei den weiteren Vernehmungen hat Pichowski nochmals seine früheren Angaben bestätigt und erklärt, daß er den Gesandten nicht gekannt habe.

Die Polizei vernahm auch den zweiten Kommandanten des Kreuzers „Königsberg“ und die beiden Matrosen, die den Täter festnahmen, und drei andere Matrosen, mit denen der Verdreher drei Tage vor dem Attentat gesprochen hatte, ohne daß diese Aussagen irgendwelche wichtige Einzelheiten ergaben.